

"Römerfeld"

der Gemeinde

St. Barbara

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BBl. S. 341) gemäss § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 23.12.1970 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde St. Barbara durch den Landrat - Kreisbauamt - Planungsstelle.

Festsetzungen gemäss § 9 Absatz 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1. Geltungsbereich *Siehe Zeichnung*
2. Art der baulichen Nutzung
 - 2.1 Baugebiet *Reines Wohngebiet*
 - 2.1.1 zulässige Anlagen *siehe § 3 (2) Bau NVO **
 - 2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen *siehe § 3 (3) Bau NVO*
 - 2.2 Baugebiet *Entfällt*
 - 2.2.1 zulässige Anlagen *Entfällt*
 - 2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen *Entfällt*
3. Mass der baulichen Nutzung
 - 3.1 Zahl der Vollgeschosse *Siehe Zeichnung*
 - 3.2 Grundflächenzahl *0.4*
 - 3.3 Geschossflächenzahl *0.5, bei Z.N. = 0.8*
 - 3.4 Baumassenzahl *Entfällt*
 - 3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen *Entfällt*
4. Bauweise *offene Einzelhäuser*
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen *Siehe Zeichnung*
6. Stellung der baulichen Anlagen *Siehe Zeichnung, bei den Baustellen Nr. 42, 43 u. 44*
7. Mindestgrösse der Baugrundstücke *500 m² entfällt*
8. Höhenlage der baulichen Anlagen (Mass von OK Strassenkante Mitte Haus bis OK Erdgeschossfussboden) *Nach besonderer Einweisung*
9. Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken *Siehe Zeichnung, innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen, sie können auch auf den Nachbargrenzen errichtet werden*
10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf die Baugrundstücke *Entfällt*
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf *Entfällt*
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen *Gesamter Geltungsbereich*
13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatrechtlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist *Entfällt*
14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung *Entfällt*
15. Verkehrsflächen *Siehe Zeichnung*
16. Höhenlage der anbauwürdigen Verkehrsflächen sowie der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen *Nach besonderem Plan*
17. Versorgungsflächen *Siehe Zeichnung*
18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen *Entfällt*
19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen *Entfällt*
20. Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe *Siehe Zeichnung*
21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen *Entfällt*
22. Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft *Entfällt*
23. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschliessungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen *Siehe Zeichnung*
24. Flächen für Gemeinschaftsatellplätze und Gemeinschaftsgaragen *Entfällt*
25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind *Entfällt*
26. Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder beträchtlich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung *Entfällt*
27. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern *Der Anbau ist als Tiergarten anzulegen*
28. Bindungen für Bepflanzungen und die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern *Entfällt*

Aufnahme von

Festsetzungen über die äussere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

Entfällt

* *Zulässig sind*
2. Wohngebäude

Ausnahmsweise zulässig sind
Ausnahmsweise können Läden, die zur Deckung des täglichen Bedarfs für die Bewohner des Gebietes dienen, zugelassen werden.

Aufnahme von

Festsetzung über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmalen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 243).

Kennzeichnung von Flächen gem. § 9 Abs. 3 BBauG

1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmassnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind
3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gem. § 9 Abs. 4 BBauG

1.
2.
3.

Flächenkennzeichnungen	
	Geltungsbereich
	Bestehende Gebäude
	Geplante Gebäude
	Bestehende Strassen
	Geplante Strassen
	Bestehende Grundstücksgrenzen
	Geplante Grundstücksgrenzen
	Baugrenze
	Entwässerungsrichtung
	Wasserleitung
	Starkstromleitung
	Garagen
	Höhenangabe
	Geschosshöhe
	Grundflächenzahl
	Geschossflächenzahl
	Reines Wohngebiet
	Allgemeines Wohngebiet
	Traufsenstellung
	Vergraben
	Überbauzone
	Grundstückskanten
	Nutzflächengrenzen
	Straßensprengungslinie
	Trennung der KSE
	KSE-Flächen
	Sportplätze und Grünflächen
	Schutzbereich KSE
	Gemarkungsgrenzen
	Schutzbereich L. Kartal
	Bauteilnummer
	Bohrloch 200

Der Bebauungsplan hat gem. § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegt von 7. Juli 1971 bis zum 13. Juli 1971.

Der Bebauungsplan wurde gem. § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am 13. Juli 1971 beschlossen.

Der Bebauungsplan wird gem. § 11 BBauG genehmigt.

SAARLAND
Der Minister des Innern
Oberste Landesbaubehörde
LA-7-3983/71
R. 1/71

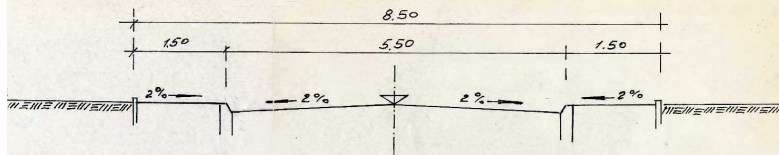
Saarbrücken, den 13. August 1971
Der Minister des Innern
Oberste Landesbaubehörde
K. 1/71
Diplom-Ingenieur

Die öffentliche Auslegung gem. § 12 BBauG wurde am 26. August 1971 ortsüblich bekanntgemacht.

St. Barbara, den 27. August 1971

Der Bürgermeister
St. Barbara
St. Barbara

STRASSENPROFIL „A“ M. 1:50



Gemäß Schreiben des Oberbergamtes vom 4.3.1971 ging früher im Bereich der Gemeinde St. Barbara Bergbau auf Kupfererz um. Nach Empfehlung des Geologischen Landesamtes soll dies bei Durchführung von Erdarbeiten zum Straßen- oder Häuserbau berücksichtigt werden, um eventuell nötige Maßnahmen festzulegen.

DER LANDRAT DES LANDEKREISES SAARLOUIS
KREISBAUAMT - PLANUNGSSTELLE

GEMEINDE ST. BARBARA AMTSGEBIET WALLERFANGEN

BEBAUUNGSPLAN
„RÖMERFELD“

Maßstab: 1:500

Blatt:

Gezeichnet: J. 1/71

Saarbrücken, DEN 16.2.1971

Bearbeitet:

Geprüft: H. 1/71

(SCHAAR)
KREISBAUDIREKTOR

